

Ostsee-Fischerei: EU plant drastische Kürzungen der Fangmengen

Die EU-Kommission plant Kürzungen der Fangmengen in der Ostsee für 2025, um überfischte Bestände zu schützen. Minister beraten im Oktober.

Die Ostsee steht erneut im Fokus der EU-Kommission, die plant, die Fangmengen für verschiedene Fischarten zu reduzieren. Dies geschieht vor dem Hintergrund der zunehmend besorgniserregenden Zustände der Bestände in diesen Gewässern. Angesichts der aktuellen Entwicklungen könnten Fischer im Jahr 2025 vor großen Herausforderungen stehen, insbesondere was die vom Fang bedrohten Arten wie Sprotte, Lachs und Kabeljau betrifft. Diese Entscheidung wird nicht nur Auswirkungen auf die Fischer selbst haben, sondern könnte auch die gesamte Fischereiwirtschaft in der Region betreffen.

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Maros Sefcovic, äußerte sich besorgt über die deteriorierende Lage der Fischpopulationen in der Ostsee. Er betonte, dass es unabdingbar sei, Maßnahmen zu ergreifen, um den stark bedrohten Arten, die für die regionale Wirtschaft von Bedeutung sind, zu helfen. Trotz dieser Warnungen zeigt sich jedoch, dass die entsprechenden Vorschläge erst einmal in der Diskussion sind und noch kein endgültiger Beschluss gefasst wurde.

Änderung der Fangquoten

Konkret sieht der Vorschlag vor, dass die Sprotte, eine der häufigsten Fischarten in den Ostseefischereien, um rund 42 Prozent auf etwa 117.000 Tonnen weniger gefangen werden

darf. Dies ist eine drastische Reduzierung, die die Fischer zwingen könnte, ihre Strategien zu überdenken. Im Gegensatz dazu sollen die Quoten für Hering in der mittleren Ostsee um insgesamt 108 Prozent steigen, auf etwa 83.900 Tonnen. Dies könnte zu einer komplexen Situation führen, in der Fischer möglicherweise ihre Fangmethoden anpassen müssen, um sowohl der gesetzlichen Vorgabe gerecht zu werden als auch wirtschaftlich bestehen zu bleiben.

Die Entscheidung über die endgültigen Fangmengen liegt jedoch nicht allein bei der EU-Kommission. Die Fischereiminister der EU-Staaten, darunter auch Deutschland, müssen diesen Vorschlag beraten und genehmigen. Cem Özdemir, der zuständige Minister aus den Reihen der Grünen, wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Interessanterweise sind die Mitgliedsstaaten nicht zwingend an die wissenschaftlich basierten Empfehlungen gebunden, was in der Vergangenheit zu weitreichenden Abweichungen geführt hat.

Das nächste Treffen der Minister wird im Oktober stattfinden, und das könnten entscheidende Wochen für die Fischerei in der Ostsee werden. In der Vergangenheit haben Länder oft darüber abgestimmt, Fangmengen festzulegen, die über dem Erforderlichen liegen, was die Bestände zusätzlich belastet hat. Dies stellt die Frage nach der Verantwortung der einzelnen Länder für die Überfischung und die langfristige Nachhaltigkeit der Fischbestände. Schließlich zeigt sich ein Trend, dass die Nutzung von Fischressourcen zunehmend kritischer betrachtet wird, was auch zu intensiven Diskussionen innerhalb der Mitgliedsstaaten führt.

Schnell sinkende Bestände

Die Sorge um den Zustand der Fischbestände ist nicht neu, aber die Dringlichkeit hat in den letzten Jahren zugenommen. Diese sanften Riesen unserer Gewässer brauchen Zeit, um sich zu erholen. Wenn die Fangzahlen weiterhin über dem empfohlenen Maß liegen, riskieren wir den Kollaps dieser wichtigen

Ressourcen. Der Schutz der Fischbestände hat somit nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Dimensionen, die sowohl die Fischer als auch die Verbraucher betreffen.

Die Entwicklung der Fangmengen für die Fischerei in Deutschland zeigt, dass die meisten Fänge im Land Bremen an Land gebracht werden, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Dies verdeutlicht die regionalen Unterschiede in der Fischereiwirtschaft und die Herausforderungen, die unterschiedliche geographische und wirtschaftliche Gegebenheiten mit sich bringen. In dieser angespannten Situation wird es entscheidend sein, eine Balance zwischen wirtschaftlichem Nutzen und Umweltschutz zu finden.

Blick in die nächsten Schritte

Die EU-Kommission verfolgt mit ihren Vorschlägen ein klares Ziel: den Schutz der wertvollen maritimen Ressourcen. Jedoch wird viel davon abhängen, ob die Mitgliedsstaaten bereit sind, diesen Weg zu gehen und die vorgeschlagenen Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen. Der Weg zur Nachhaltigkeit in der Fischerei ist komplex, doch wichtig für die Vitalität der Ostsee und ihrer Fischbestände. Es bleibt zu hoffen, dass die Entscheidungsträger die richtige Balance finden, um sowohl die Umwelt zu schützen als auch den Fischern eine angemessene Grundlage für ihre Tätigkeit zu bieten.

Die Fangquoten, die die EU-Kommission jährlich vorschlägt, sind entscheidend für die Stabilität der Fischbestände in der Ostsee. Historisch gesehen gibt es bereits Beispiele, bei denen Überfischung zu einem drastischen Rückgang von Fischpopulationen geführt hat. Ein bekanntes Beispiel sind die Atlantischen Kabeljaubestände, die in den 1990er Jahren aufgrund von überhöhten Fangquoten fast kollabiert sind. Diese Situation führte zu einem Moratorium für die Kabeljaumfischerei in Kanada, um die Bestände zu erholen. In der Ostsee steht die EU vor ähnlichen Herausforderungen, da viele Fischarten stark gefährdet sind. Die aktuelle Strategie legt den Fokus auf

nachhaltige Fischerei, um eine Überfischung zu verhindern und die Fischbestände zu stabilisieren.

Politische und Soziale Kontexte der Fischerei in der Ostsee

Die Fischerei in der Ostsee ist nicht nur eine wirtschaftliche Tätigkeit, sondern auch ein politisches und soziales Thema. Länder wie Deutschland, Schweden und Polen haben eine lange Tradition in der Fischerei und sind auf gesunde Fischbestände angewiesen, um ihre Küstengemeinden und die daran gebundenen Industrien zu unterstützen. Die EU-Politik, die darauf abzielt, Fischbestände zu schützen, muss daher in einem sensiblen politischen Kontext betrachtet werden. Die Fangquote-Entscheidungen treffen nicht nur die Fischer direkt, sondern beeinflussen auch die gesamte Wirtschaft dieser Regionen.

Das Fischereihandwerk ist häufig mit kulturellen Identitäten verbunden. In einigen Küstengemeinden wird Fischerei nicht nur als Beruf, sondern als Teil des Lebensstils angesehen. Die Herausforderung besteht darin, ökologische Nachhaltigkeit mit den sozialen Bedürfnissen der Gemeinden in Einklang zu bringen. Solche Ansätze werden von der EU zunehmend in ihre Fischereipolitik integriert, da soziale Akzeptanz für eine nachhaltige Zukunft entscheidend ist.

Aktuelle Statistiken zu den Fischbeständen

Laut einem Bericht der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, ist der Gesamtbestand an Fischen in der Ostsee in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Für das Jahr 2023 wird geschätzt, dass nur noch etwa 30% der Fischarten in der Ostsee nachhaltige Bestände aufweisen. Besonders betroffen sind Sprotte und Kabeljau, deren Bestände als kritisch gefährdet eingestuft werden.

Die EU hat daher entsprechende Vorschläge unterbreitet, um die Fangmengen dieser Arten deutlich zu reduzieren. Die Entscheidung, die Fangquoten an die sich ändernden Bestände anzupassen, könnte entscheidend sein, um die Fischereien langfristig über Wasser zu halten und eine gesunde marine Umwelt zu fördern. Ein nachhaltiger Ansatz könnte auch mehr Investitionen in alternative Meeresnutzungen, wie Aquakultur, anregen, was langfristig die Stabilität für die betroffenen Gemeinden sichern könnte.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de